

## Gerechtigkeit

# Trotz Aufschwungs steigt die Armut

Immer mehr Bundesbürger gelten als arm. Wie passt das zum Aufschwung? Beschäftigungsforscher sagen: Der Boom war nur möglich, weil so viele in die Armut getrieben wurden. von Nadine Oberhuber

27. Februar 2015



Ein Flaschensammler in Berlin | © Sean Gallup/Getty Images

Vollbeschäftigung ist nicht nur ein großes Wort, sondern auch ein großer Traum vieler Wirtschafts- und Sozialpolitiker. Vor ein paar Wochen erst träumte der Chef der Bundesagentur für Arbeit ganz laut davon. Für Frank-Jürgen Weise liegt die Vollbeschäftigung in Deutschland ganz nah. Schließlich staunen halb Europa und der Rest der Welt über das neue deutsche Jobwunder, das allen Krisen trotzt. Die Wirtschaft boomt, und die Beschäftigtenzahl nimmt von Jahr zu Jahr zu. 42,6 Millionen Menschen haben Arbeit, das ist Rekord.

Und dann das: Nicht nur Bruttoinlandsprodukt und Einkommen steigen – sondern auch die Armutsquote, mahnt jetzt ein Bericht des Paritätischen Gesamtverbands. Mit 12,5 Millionen Menschen hierzulande gelten so viele als arm wie noch nie. Es sind 15,5 Prozent der Bevölkerung, die laut Bericht unterhalb der Armutsgrenze leben; und das im viertreichsten Land der Welt, das mit 5,4 Prozent zudem die niedrigste Arbeitslosenquote in ganz Europa hat. Nur im angeschlagenen Griechenland, in Bulgarien, Italien und Portugal leben noch mehr arme Menschen als hier.

Wie passt das zusammen? Eine erste Erklärung ergibt sich aus der Statistik selbst: Als "arm" gelten per Definition all diejenigen, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben. In Deutschland ist das der Fall, so schlüsselt der Bericht des Paritätischen Gesamtverbandes auf, wenn Alleinlebende weniger als 979 Euro im Monat zum Leben haben und ein Vier-Personenhaushalt weniger als 1.873 Euro.

**Armut nur ein Statistiktrick?**

Manche Ökonomen und Journalisten kritisieren diese "relative Armutsdefinition", wie sie im Jargon der Statistiker genannt wird. Die Berechnungsmethode sei Quatsch, denn sie bilde die wirtschaftliche Dynamik hierzulande nicht ab, weil sie bedeute: Wenn die Wirtschaft wächst und alle Beschäftigten mehr verdienen, dann steigt auch das Einkommen aller – und damit natürlich auch die 60-Prozent-Schwelle.

Und plötzlich finden sich ganz automatisch mehr Leute unter der entscheidenden Einkommensgrenze, obwohl sie finanziell gar nicht schlechter gestellt sind als zuvor. Statt wirklich Armut zu messen, gebe der Bericht des Paritätischen Verbandes deshalb höchstens Aufschluss über die bestehenden Einkommensunterschiede.

Ist die gestiegene Armut also nichts anderes als ein Statistiktrick? Ganz so einfach ist es offenbar nicht. Denn wenn die Einkommensunterschiede zunehmen, dann bedeutet das wohl, dass nicht alle Menschen dieses Landes gleichermaßen vom Wirtschaftswachstum profitieren. Nur ein gewisser Teil gewinnt.

### **Einkommen der Armen sind gesunken**

Genau so ist es, sagt Armutsforscher Ernst-Ulrich Huster, Professor für Politikwissenschaft der Universität Gießen: "In den letzten Jahren haben nur die oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher satte Zuwächse erzielt." Die unteren 20 Prozent hingegen hätten Einbußen hinnehmen müssen – und am stärksten gelitten hätten die ärmsten zehn Prozent.

Auch die OECD stellte zuletzt fest, dass die Ungleichverteilung hierzulande stark zugenommen hat. Ihr zufolge erzielen die obersten zehn Prozent der Bevölkerung heute siebenmal so viel Einkommen wie die untersten zehn Prozent. Vor 30 Jahren brachten sie es nur auf das Fünffache.

Das hat auch Folgen für die Gesamtwirtschaft. Denn die Reichen sparen ihr Geld in der Regel lieber, statt es auszugeben. Die Armen aber haben nicht mehr so viel zur Verfügung – also kaufen sie weniger ein. Wären die Einkommen gleichmäßiger verteilt, könnte die deutsche Wirtschaft sogar um sechs Prozent zusätzlich wachsen, sagt die OECD. Die radikalere These ist: Es gibt nicht trotz des Booms mehr Arme in diesem Land. Vielmehr war der Boom nur möglich, weil die Wirtschaft mehr Menschen in die Armut gedrängt habe. Es gibt einige Forscher, die diese Meinung vertreten und mit Zahlen belegen. Zum Beispiel die Juristin Helga Spindler, Professorin für Sozial- und Arbeitsrecht an der Universität Duisburg-Essen, sie sagt: "Die Armutsentwicklung hat nicht automatisch etwas mit Konjunktur, steigenden Gewinnen und Erträgen zu tun, sondern hängt natürlich davon ab, ob das Geld auch an Arbeitnehmer und Dienstleister weitergegeben wird."

### **Arm trotz Arbeit**

Das sei aber nicht der Fall. Laut Armutsbericht der Bundesregierung verdienten in den 1990er Jahren 17 Prozent der Beschäftigten Niedriglöhne. Heute seien es bereits 23 Prozent, die weniger als 9,15 Euro pro Stunde erhalten. Über zwei Millionen Erwerbstätige bekämen sogar weniger als sechs Euro die Stunde, mahnt die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Das durchschnittliche Monatsbrutto eines Vollzeitbeschäftigten beträgt 2.575 Euro, das sind rund 1.650 Euro netto. In einigen Branchen aber liegt es noch weit darunter: Im Handel und Bau sind eher 1.500 Euro die Regel – brutto wohlgermerkt. Und im Gastgewerbe sind 1.094 Euro der Schnitt. Dazu kommen noch knapp eine halbe Million Kleinselbständige, die oft sogar für nur fünf Euro die Stunde schufteten.

Das führt dazu, dass hierzulande etwa drei Millionen Menschen "arm trotz Arbeit" sind, sagt Armutsforscher Huster. Das sind 25 Prozent mehr als noch 2008, bestätigen Daten des Statistischen Bundesamts.

Es gibt 1,3 Millionen Aufstocker, die trotz sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung Hartz-IV in Anspruch nehmen müssen, um über die Runden zu kommen – und wie hoch die Dunkelziffer derer ist, die aus Stolz oder Unwissenheit keine Stütze beantragen, erfasst keine Statistik. Weitere 2,6 Millionen Beschäftigte gehen nebenbei einem Minijob nach, weil das Geld andernfalls nicht reicht, beziffert die Bundesagentur für Arbeit.

### **Der Mindestlohn hilft**

Den extremen Wenigverdienern könnte der neu eingeführte Mindestlohn nun wohl helfen, ein Einkommen oberhalb der Sicherungsgrenze von 979 Euro zu verdienen, so sagt Huster, vorausgesetzt er wird auch tatsächlich gezahlt. Die Frage, ob das dann für alle Mitbewohner im Haushalt reicht, sei jedoch eine andere.

Hat Deutschland sein Beschäftigungswunder also nur erreicht, weil zwar mehr Menschen arbeiten, aber in immer prekäreren Arbeitsverhältnissen, wie Kritiker längst sagen? "Unumwunden: so ist es", findet Huster: Es gebe sieben Millionen prekär Beschäftigte hierzulande, ebenfalls sieben Millionen im Mindestlohnsektor, wobei Überschneidungen zwischen beiden möglich sind. Problematisch sei vor allem die Zunahme an Minijobs, schlechter bezahlter Leiharbeit, Werk- und Honorarverträgen und befristeten Verträgen, sagen die Forscher. Die Hälfte aller neu Eingestellten bekommt nur noch befristete Verträge. "Und unter allen Erwerbstätigen tragen die befristet Beschäftigten das größte Armutsrisiko", warnt Juristin Spindler.

Auch die OECD stellt fest, dass sich der deutsche Arbeitsmarkt zwiegespalten hat: in einen sicheren Sektor mit kündigungsgeschützten Stellen ohne Befristung, in dem die Beschäftigten gutes Gehalt verdienen und von regelmäßigen Lohnsteigerungen profitieren. Und in einen ungeschützten Bereich mit Befristungen, wenig Schutz und kleinem Lohn. Gerade der letztere wächst.

### **Gleiches Arbeitsvolumen, mehr Arbeitskräfte**

Deshalb warnt die Sozialrechtlerin Spindler: "Die bloßen Erwerbstätigenzahlen sagen zu dem Problem der Armut überhaupt nichts aus. Man muss auch sehen, dass trotz mehr Erwerbspersonen und weniger Arbeitslosen in der Summe nicht mehr verdient wird, weil das Arbeitsvolumen nicht steigt." Das ist heute genauso hoch wie im Jahr 1993, obwohl die Arbeitskräfteschar seither um fast fünf Millionen stieg. Das bedeutet: Obwohl viel mehr Deutsche arbeiten, verdienen alle zusammen nicht mehr als vor 20 Jahren, weil das Geld auf viel mehr Köpfe verteilt wird.

Das liegt am Heer der Teilzeitarbeitenden, deren Zahl sich seitdem verdoppelt hat. Nun sind es auch nicht, wie man hoffen könnte, viele 80-Prozent-Stellen, die da entstanden sind und mit denen sich Männer und Frauen nun den Arbeitsmarkt teilen. Größtenteils geht es um Halbtagsjobs oder Stellen mit noch weniger Stunden – die zudem größtenteils weiblich besetzt sind. Wenn man es auf alle Erwerbstätigen hochrechnet, arbeiten 45 Prozent aller Frauen nur halbtags.

Oft seien das eben nicht diejenigen aus Gutverdienerfamilien, sagt Armutsforscher Huster, sondern Frauen, deren Männer prekär beschäftigt seien und im Niedriglohnsektor arbeiteten. "Wenn dann auch die Frau nur eine Halbzeitstelle hat, reicht es oft trotzdem nicht, um sich aus der Armutsgrenze hinauszuarbeiten."

Was tun? Vollbeschäftigung bringt wenig, wenn sie die bestehende Arbeit bloß umverteilt. Die Grundsicherung anzuheben, wie der Paritätische Gesamtverband es fordert, könnte helfen. Einige Arbeitgeber müssten ihre Niedriglöhne dann wohl erhöhen, weil sonst Hartz-IV plötzlich lukrativer würde als die Erwerbsarbeit.

Andererseits sind nicht nur die Arbeitslosen diejenigen, die den Armutsforschern Sorgen machen. Denn sie sind längst nicht die größte Gruppe derer, die armutsgefährdet sind: Es sind vor allem auch 1,6 Millionen Alleinerziehende, die bessere Betreuungsplätze für ihre Kinder bräuchten, um wieder mehr Stunden zu arbeiten; Ausländer, die mehr von Eingliederungshilfen hätten; und zehn Millionen Geringqualifizierte, die erst einmal Hilfe bei der Berufsausbildung bräuchten. Sie bleiben oft arm, selbst wenn sie arbeiten.